



"Bandex" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 22.—28. Oktober in 200 000 polnisch-Oberschlesien vierhundert Millionen Mark, in Polnisch-Obersch. 360 000 polnisch Mark, im Vorau zahlbar frei Haus. — Preise freibleibend. — Betriebsförderungen, hergerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Schließelzahl 1 Millionen. Grundzahl: Die einz. min. Zeile in Obersch. für auswärtige Anzeigen 40 M., für Ortsanzeigen 25 M., für Flamm- und Zettel für ausw. Anzeig. 120 M., für Ortsanzeig. 70 M. Finanz- u. Heilmittelanzeigen 50 M. In Polnisch-Obersch. für auswärtige u. amlich Anzeigen 8000 poln. M., für Ortsan. 7000 poln. M. ohne Schließelzahl. Angebots- und Zusatzanzeig. 200000 M. und Porto. Belegungsgebühr 500000 M. Vom Beträchtlicher Wirkung, bei Aukt. oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Schiedsgericht zwischen Reich und Bayern

Ausdehnung des Sonderbündlerputsches

Die "rheinische Republik" stellt sich unter den Schutz Frankreichs und Englands

England nennt das Vorgehen unüberlegt und unklug

Paris, 22. Oktober. Nach einer Bataille aus Düsseldorf hat die Aufführungspolizei der rheinischen Republik am Samstag aufgenommen. Es ist dabei, dass es dabei an einem ersten Sonderbündler gesammelt wäre. In Coblenz und anderen Städten ist die Aufführung der Aufführung heute stattgehabt und seitdem ist sofort mit dem Bürgermeister sowie dem Polizeipräsidenten in Coblenz. Über das Ergebnis dieser Aufführung steht zur Zeit noch kein Ergebnis vor. Auch in München sind die Aufführungspolizei der rheinischen Republik aus dem Rathaus gegangen zu sein. Die Aufführung in Baden haben ebenfalls aufgenommen. Man behauptet, dass die Bewegung bis auf 2 km ausgedehnt ist. In Aachen hat die provvisorische Regierung ein Direktorium eingesetzt. Es besteht jetzt, heute oder morgen soll Sonderbündler nach Coblenz zu kommen, um von dem dortigen Rathaus Besitz zu ergriffen.

Diese Aufführung bedarf sicher einiger Einschränkungen, da sie aus französischer Quelle stammt.

Von Berliner Aufführung Seite wird zu den Bataillen in Aachen nur die Aufführungspolizei der rheinischen Republik aus dem Rathaus berichtet. Die Bataillen sind von den Separatisten gefordert, um die Aufführungspolizei der rheinischen Republik aus dem Rathaus zu entfernen. Das Bataillon der Bataillen ist über die Aufführungspolizei der rheinischen Republik aus dem Rathaus informiert. Am Nachmittag wurde der Bataillon des Bataillons ausgewiesen. Alle als Führer in Aachen stehende Männer, die Gemeindeschreiber, Leitende Beamte, politische Persönlichkeiten wurden ausgewiesen, sodass keine nachdrücklichen Führer der Bewegung mehr vorhanden sind.

Auch Aachen und Eichstätt besetzt

Aachen, 23. Oktober. Gestern nachmittag haben die Separatisten das Rathaus, die Reichsbank und andere öffentliche Gebäude übernommen, so wie in Aachen befürchtet und die Republik ausgerufen. Das selbe spielt sich in Saarwellingen ab.

Mainz bleibt ungeschoren

Mainz, 22. Oktober. Auf Anfrage an auswärtige Stelle in Mainz wird uns mitgeteilt, dass die Nachricht von der Aufführung der rheinischen Republik in Mainz als unrechtmäßig ist. Die Bevölkerung ist jedoch sehr erregt und die Geschäfte haben zum Teil geschlossen.

Blutige Zusammenstöße in Aachen

Erfste Unruhen — Die Polizei geht gegen die Sonderbündler vor

Berichte und Tote — Belgische Kavallerie zum Schutz der Landesverräte alarmiert

Paris, 23. Oktober. (Eig. Ber.) Die verschiedenen Schätzungen sind drei Polizei-

Offiziere von belgischen Offizieren

festgenommen worden. Diese hatten auf die Rheinländer das Feuer eröffnet und sich gleichzeitig hinter Frauen und Kinder versteckt. Die Separatisten forderten die Menge in Ansprachen zu Blutbünden auf.

Der Berichtsberichter des "Matin" berichtet seinem Blatt folgendes in französischer Darstellung:

Rath Medien aus der belgischen Zone ist die Bevölkerung in Aachen auf höchste Erregung. Die Separatisten finden in Aachen Demonstrationen statt.

Separatisten fordern das Geschworene der belgischen Polizei. Die provvisorische Regierung der Rheinländer hat den großen Schrecken begonnen, die Polizei nicht vorbereitet zu entwaffnen. Wenn die Polizei den Sonderbündlern auch nicht im offenen Kampf gegengetreten ist, so sucht sie doch nach einer Gelegenheit, wo sie mit der Waffe in der Hand den Separatisten entgegentreten kann.

Die rheinischen Sonderbündler sind durch die Aachener Polizei in ihrem Vorort nach Bonn aufgehetzt worden. Die Polizeibeamten haben gestern Abend verkündet, dass die "rheinischen Feinde" aus dem Hauptstadt entfernt werden, anderthalb Jahr später auf dem Rathaus siedeln.

Belgische Polizeibeamten haben eine belgische Kavallerie alarmiert, um im Falle einer Störung der öffentlichen Ordnung sofort einspringen zu können. Gegen 7 Uhr abends hat die Polizei gestern auf ein Amt mit Sonderbündlern, welche vor dem Rathaus siedeln, Feuer gegeben. Die Rheinländer haben sich in großer Zahl gesammelt und zu ihrer Verteidigung mit Revolvern bewaffnet. Es heißt, dass sich die Separatisten getötet wurden.

Die Menge wurde hierauf zerstreut. Der Zugang zu dem Sitz der provvisorischen Regierung wurde gesperrt. Zeitweise wurde das Gewehrfeuer in der Elisabeth-Kaserne noch fortgesetzt. Im Verlauf der

Französisches Zahlenmanöver

Paris, 22. Oktober. Nach einer Bataille aus Coblenz haben sich bis jetzt 80 403 Eisenbahner der französischen Regierung zur Verfügung gestellt. Im Verlauf des vergangenen Sonntags trugen sich mehr als 15 000 Beamte in die ausgelagerten Lizenzen ein.

Stimmes wiederum abgeklärt

(*) Gelsenkirchen, 23. Oktober. Die gestrigen Verhandlungen der Herren Stimmes, Möller und Böker mit der französisch-belgischen Kommission sind ergebnislos verlaufen.

Zurückhaltung von Waren verboten

(*) Berlin, 23. Oktober. Auf Grund des Ernährungsgesetzes hat die Reichsregierung eine Verordnung zur Sicherstellung des Warenumschlages erlassen. Zurückhaltungen werden mit schweren Freiheits- und Geldstrafen bedroht.



Schiedsgericht zwischen Reich und Bayern

Ausdehnung des Sonderbündlerputsches

Der Reichsrat soll entscheiden — Truppenverpflichtung durch Bayern

Ch. Berlin, 23. Oktober. (Eig. Ber.) Die Intervention der bayerischen Volksgarde im Konflikt zwischen Bayern und dem Reich hat bis gestern Abend noch kein entschiedenes Resultat gebracht. Die bayerische Regierung bleibt auf ihrer Position nach Entfernung des Reichswehrministers bestehen. Die bayerische Staatszeitung stellt heute fest, dass die Annahme der bayerischen Truppen in die Reiterei unter Kontrolle des Reichswehrministers bestehen kann.

„Reichswehrminister“ . . . Berlin, 23. Oktober. Nach einer Kundgebung des Generalstaatskommissars den 21. d. M. ist die Anordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 20. d. M. durch die Dienstverordnung des Generals von Lossow für Bayern außer Wirkung gesetzt wurde, auf Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung. Die Anordnung steht daher seinem Bruch der Reichsverfassung dar. Demgegenüber erklärt die Reichsregierung, dass diese Vorstellung rechtlich unhalbar sei.

Reichswehrmarsch in Sachsen

Berlin, 23. Oktober. Das Reichstatthalter hat sich in seiner gestrigen Sitzung im wesentlichen nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt, hat aber in der bayerischen Frage leinerter Entwicklung gezeigt. Es ist in München keinelei Entwicklung gegeben, welche in Bremen nicht ist und in Sachsen eine Entwicklung darüber hinaus ist. Es ist beim Einmarsch der Reichswehr vor dem 1. November in Aachen eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die in München und dem übrigen Bayern ist es unverändert ruhig.

München, 23. Oktober. General Kreis von Kressenstein hat seine Ernennung durch den Reichswehrminister zum Nachfolger des Generals von Lossow, wie wir hören, abgelehnt.

Bayern hofft auf den Reichsrat

Berlin, 23. Oktober. Aus Kreisen, die der bayerischen Regierung nahe stehen, wird bestätigt, dass man in München gemeinsam die Absicht habe, den neuerwählten Reichsrat zu bestimmen und dass vor der für Mittwoch in Aachen angenommenen Sitzung des Reichsrates konkrete Schritte nicht erwartet wären. Die Rechtsauffassung der bayerischen Regierung steht sich definitiv auf Artikel 48 der Reichsverfassung. Man ist jedoch, wie verfüchtig wird, in München durchaus uneingeschränkt, diese Frage nicht ausschließlich gemacht.

Der neue Staat im Westen

(Bon einem Rheinländer)

Der neue Staat im Westen

Berlin, 23. Oktober. Der Aachener Separatistenpuß ist von einem Mann eingeführt worden, dessen Name in der deutschen Öffentlichkeit wenig bekannt war: ein gewisser Decker. Er ist Industrieller und verfügt über verhältnismäßig große finanzielle Mittel. Der General seines Bataillons sind die Barden eingestellt worden, die in den letzten Wochen mit Revolutionären und Karabinern bewaffnet, nach Aachen gekommen waren. Decker hat besonders gute Beziehungen zu den militärischen und zivilen Vertretern der Bevölkerungsmacht, und es verfügt politisches Massenamt, dass er offenbar auf einen französischen Platz eingeplant hat. So kann Frankreich zunächst den unteiligen Zuschauer spielen und seine Hände in Unschuld waschen. Sind in der belgischen und englischen Zone vollenbete Tatsachen geschaffen, so wird sich Frankreich mit seinen Anprüchen schon melden. Wenn man in Paris jetzt den Argwohnischen und Eiferfüchtigen spielt, so ist das nur Mache. Deckers Ziel ist jedenfalls dort genau bekannt. Er erfordert ein "freies und neutrales" Rheinland etwa in der Form Belgien vor dem Kriege oder Luxemburgs von heute. Als Hauptstadt der rheinischen Republik ist Koblenz vorgesehen. Und der Hauptstädter für die Weltmächte: Der neue Staat erhält den Vertrag an und zahlt den rheinischen Anteil an den Partationen. Wer Nahrer über die Wirtschaft des Decker wissen will, dem seien die Richtlinien für die Gründung der rheinischen Republik empfohlen, die fürstlich aus dem Durcheinres gehirnten Land aufgezeigt werden. In diesen vom Generaldirektorium der rheinischen republikanischen Volkspartei in Bonn an die Bevölkerungsleute der einzelnen Sekretariate ausgegebenen Marschbefehl heißt es: Der neue Staat zu schaffende unabhängige Staat bedarf des Vertrauens der Weltmächte. Dies ist eine ethische Grundlage. Es gilt einen Mechanismus zu schaffen, der bewirkt, dass ausgeschließlich geprägte Leute von einwandfreier Geistigkeit die verantwortungsvollen Funktionen innerhalb des neuen Staates versehen. Als ein solcher Mechanismus kann brachte den Wirtschaftsstand der Haushaltswidder empfiehlt sich die Einrichtung des rheinischen Büros der Wirtschaftsstand. Einer der ersten Akte des neuen Staates muss sein, dass allen, die bis zu einem bestimmten Tage, der in der Vergangenheit anzusehen ist, sich für das Zustandekommen des neuen Staates bemüht haben, dass rheinische Bürgerrecht durch ein Patent verliehen wird. In die Präzess ungesezt: Die Aachener Plakate der Sonderbündler fordern jetzt alle Beamten auf, sich unbedingt auf den Büros der rheinischen unabhängigen Partei zu melden, währendfalls sie als "Preußen" bezeichnet werden. Also der Beginn von Prostrik-

tionslistern ganz nach dem Muster der französischen Revolution vor 150 Jahren.

Ein französisch und im Revolutionsstil sind auch die ersten Maßnahmen „nach dem Schöpfungsstil der Republik“ gedacht, wenn der „kritische Augenblick“ überwunden ist. So soll nämlich die vier Kommissare übernommen werden. Die vier Kommissare wählen eine den Alliierten genehme Verfassung zum Präsidenten. Der Präsident prämiert die Republik durch Münzanschlag. Ferner veröffentlicht er ein Dekret über das rheinische Bürgerrecht und ein paar „ganz wenige“ Verfassungssätze (Napoleons). Durch diese Publikation wird die Bevölkerung verwirkt und geprägt und es wird ein Antrag auf die Schwaben, besonders auf die Bevölkerung, sich in Listen einzutragen zu lassen. Die dritte Regierungshandlung des Präsidenten soll sein die Einsetzung von Behörden in allen Städten und Ortschaften. Diese Gewaltmänner sollen dann das Überige besorgen: Polizei, Militär (die Uniform muss nach möglichen Völkern angepasst sein), Auswanderungen, sowie die Einsetzung der Söhne des Rheinlandes in die Positionen, für welche sie bestimmt sind. Wer ist wohl für die Positionen der vier rheinischen Kommissare bestimmt? Dr. E. H. Dörken, der Phantast, der ehrgeizige Schwabing? Dr. F. Matthes aus Düsseldorf, der vollendete Oppositor des Barfüßers, Schäfergelehrte mit zubiel Eau de Cologne? Smeets, der kleine Zeile fehllos deutsch schreiben kann und nebenbei ein Erzfeind von Matthes ist? Dazu keine Decker, der Held von Aachen. Ein nettes Direktorium läuft da zusammen. Und wer soll Präsident sein, wo alle vier sich auf die neuen Posten spalten? Vielleicht tötet den neuen Staat im Keime schon seine . . .

Generalstreitgelüsse in Sachsen

B. 3. M. i. a. n., 23. Oktober. (Eig. Ber.) Die sächsischen Belegschaften haben bis gestern beschlossen, politische Arbeiterräte zu wählen und den Generalstreik der Bergarbeiter vorzubereiten, um die gegen die Lebensmittelnot der Arbeiterklasse völlig passiv sich verhaltenden Regierung zu fürzen. Auf mehreren Gruben sind gestern die Belegschaften nur zum Teil eingefahren.

S. U. D. r. s. d. e. n, 23. Okt. Kommunistische Parteien entfalten auf den Arbeitstagen, nemlich den Baustellen und den Betrieben eine bedeutende Tätigkeit, um die Belegschaften zu Unbeschwörer und zum Generalstreik zu treiben. Dabei wird offiziell nach einer Beschwörung Worte gesagt, die vermutlich auf dem gestern in Chemnitz gehaltenen Betriebsräte-Kongress beziehen würden.